

2015-08-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.05.2015

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Verwaltung

Hantusch, Joachim

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Hinweise oder Änderungsvorschläge.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2015

Herr Schwabe, Fraktion CDU, bezog sich auf die Aussage von Frau Nußbeck auf der Seite 5 der Niederschrift, dass ohne belastbare Fallzahlen keine personelle Aufstockung des Stadtordnungsdienstes (SOD) vorgenommen werden kann. Er merkte an, dass diese Zahlen für den Bereich des SOD vorliegen und diese Aufgabe bereits erledigt wurde.

Zur vorliegenden Niederschrift gab es keine weiteren Anmerkungen oder Änderungsvorschläge.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras informierte, dass in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Personalreport 2014 Vorlage: IV/015/2015/II-10

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, merkte an, dass in den Haushaltsberatungen bereits umfassend über Teile des Personalreports berichtet wurde und in der jetzigen Fassung lediglich die Mehrstundenanalysen hinzugekommen sind.

Es wurden keine Nachfragen oder Hinweise vorgebracht.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, erfragte den Sachstand zur Beantwortung seiner Anfrage bzgl. des Flugverkehrs über Kochstedt an den Wochenenden. Des Weiteren bat er um weitere Informationen zu dem von der Stadtverwaltung genehmigten Feuerwerk neben dem Storchennest im Ortsteil Mildensee. Die Mitteldeutsche Zeitung hatte zuvor berichtet, dass durch den Lärm in unmittelbarer Nähe des Nestes die Störche vertrieben wurden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragte, ob die im Zuge der Haushaltsberatungen getroffene Aussage, dass bis zum Ende des Jahres 2015 ein Personalentwicklungskonzept (PEK) vorgelegt werden kann, verbindlich ist. **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen und Bürgermeisterin**, erklärte, dass für alle Prüfaufträge, die aus den Haushaltsberatungen resultieren, ein Zeit- und Maßnahmenplan erstellt wird. Darunter befindet sich auch das PEK. Hinsichtlich der erfragten Zeitschiene erklärte sie, dass die Erarbeitung einer Verwaltungsstrategie die Voraussetzung für ein PEK ist. In der vergangenen Legislaturperiode konnte diese Voraussetzung nicht geschaffen werden. Sie machte den Vorschlag, die Verwaltungsstrategie gemeinsam mit den drei neuen Beigeordneten zu erarbeiten und kündigte zum jetzigen Sachstand eine Informationsvorlage an.

Dem Stadtrat könnte dann Mitte des nächsten Jahres ein vollständiges PEK vorgelegt werden. **Herr Eichelberg** merkte an, dass ein Personalentwicklungskonzept auch Einfluss auf den Haushalt nehmen kann. **Frau Nußbeck** erwiderte, dass das nicht der Fall ist. Ein Konzept hinsichtlich des Personalabbaus sei bereits vorhanden und wird momentan erweitert. Im PEK geht es vordergründig um die Entwicklung von Personal, woraus sich in erster Linie keine Einsparpotenziale ergeben. **Herr Schönemann** merkte an, dass ein PEK kein Maßstab für die Haushaltskonsolidierung darstellt. Die Qualifikation und Ausbildung von Personal ist hierbei von Bedeutung. Diesbezüglich erklärte **Frau Nußbeck**, dass eine Liste über die bis 2023 frei werden Stellen vorliegt und dementsprechend Personal bedarfsbedingt ausgebildet wird. **Herr Eichelberg** gab an, dass ein PEK auch eine generelle Ausrichtung für Stadt widerspiegeln sollte. Ebenso sei eine Überprüfung der Vergütungen notwendig. **Frau Nußbeck** erwiderte, dass die Vergütungen tarifrechtlich festgelegt sind und sich nur ändern, wenn Stellenbeschreibungen verändert werden. Sie betonte, dass die Schwerpunktsetzung durch eine Verwaltungsstrategie momentan am erforderlichsten ist. **Herr Kolze, Fraktion CDU**, stimmte dem Vorschlag, dass die neue Verwaltungsspitze gemeinsam die Verantwortung für die Personalentwicklung trägt, zu. Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Haushalt merkte er an, dass man die notwendigen Korrekturen durch einen Nachtragshaushalt vornehmen kann. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmte den Vorschlag von Frau Nußbeck ebenfalls zu und betonte, dass eine strategische Ausrichtung einiger Bereiche notwendig ist.

Herr Schönemann erfragte den Sachstand zum Bestellungsverfahren der Stadtbezirksbeiräte. **Frau Nußbeck** erklärte, dass die Genehmigung für die Hauptsatzung noch nicht vorliegt und es aus diesem Grund noch keine weiteren Aktivitäten gab. Mitte des Jahres 2015 ist mit der Genehmigung zu rechnen. Die Fraktionen werden anschließend aufgefordert, Vorschläge nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu unterbreiten, welche nach der Sommerpause vom Stadtrat bestätigt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ergänzte, dass bei der Erarbeitung der Hauptsatzung die Hinweise der Kommunalaufsicht berücksichtigt wurden und aus diesem Grund mit einer Zustimmung zu rechnen ist. Es wird überprüft, welche vorbereitenden Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt getroffen werden können. **Herr Schönemann** gab an, dass bereits vorab ein verbindlicher Abruf mit Terminstellung erfolgen könnte. **Herr Rumpf, Fraktion CDU**, ergänzte, dass den Fraktionen in diesem Zusammenhang mitgeteilt werden sollte, wie viele Vorschläge sie jeweils unterbreiten können.

Hinsichtlich der allgemeinen Stimmungslage in der Stadt, u. a. verursacht durch die FOCUS-Studie, bat **Herr Schönemann** darum, dass der Haupt- und Personalausschuss über den Umgang mit der Situation berät. In diesem Zusammenhang informierte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass der Chef des Emperica-Institutes, Herr Dr. Steinle, angeschrieben und nach Dessau-Roßlau eingeladen wurde. Zur Entwicklung weiterer Handlungsstrategien soll die Situation gemeinsam erörtert werden. Dazu soll eine Sitzung des Wirtschaftsbeirates mit dem Haupt- und Personalausschuss oder dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus stattfinden. Des Weiteren soll der Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau, Herr Dr. Brockmeier, hinzugezogen werden. Bei einer Absage seitens des Institutes sollte das zur Studie veröffentlichte Tabellenwerk für 280 € gekauft und analysiert werden. Ebenfalls wird momentan ein Schreiben an den Karstadt-Vorstand verfasst. Der Vorstand soll über die Investitionen in der Innenstadt informiert und nach Dessau-Roßlau eingeladen werden.

Bezüglich des Gebäudes merkte er zusätzlich an, dass dort vermutlich kein Leerstand entstehen wird, da einige Handelsketten bereits ihr Interesse angemeldet haben.

Bezüglich der streikbedingten Absage des Kinderfestes des Eigenbetriebes DeKiTa merkte **Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, an, dass die Möglichkeit, das Kinderfest in einem kleineren Rahmen durchzuführen, sicher bestanden hätte. Die Stadträte hatten ihre Bereitschaft zur Kommunikation mit dem Eigenbetrieb DeKiTa signalisiert, was jedoch abgelehnt wurde. Sie fragte, ob ein Bus-Shuttle, der die Kinder zum Kinderfest auf die Roßlauer Wasserburg bringt, eingerichtet werden kann.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, informierte in diesem Zusammenhang über die momentane Situation im Eigenbetrieb DeKiTa. Die seit drei Wochen steigende Nachfragesituation nach Notbetreuungsplätzen erhöht zunehmend die Belastung der Kolleginnen, die diese Betreuung absichern. Nach intensiver Rücksprache mit der Betriebsleitung hatte man sich gegen die Sondersitzung des Betriebsausschusses entschieden, da die erwarteten Informationen, beispielsweise zur Rückerstattung von Elternbeiträgen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht verfügbar sind. Zur regulären Sitzung am 02.06.2015 sollen jedoch die ersten Zahlen vorliegen. Bezüglich der Absage des Kinderfestes erklärte er, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Organisation momentan nicht zugemutet werden kann, da diese an ihren Belastungsgrenzen angekommen sind.

Der FOCUS-Bericht zeigt, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt in den letzten Jahren brach lag und es nicht gelungen ist neue Unternehmen anzusiedeln, merkte **Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, an. Diesen Fakt müssen wir zur Kenntnis nehmen und sollten die Zahlen jetzt nicht anzweifeln. Die Weichen für einen Neuanfang wurden in den letzten Stadtratssitzungen gestellt. Diese Chance sollte gemeinsam genutzt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass man die Zahlen zum Verständnis dennoch hinterfragen sollte, was nicht bedeutet, dass sie angezweifelt werden. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Lieberales Bürger-Forum/Die Grünen**, unterstützte die Aussage von Herrn Puttkammer und ergänzte, dass der gesamte Bericht gekauft und auch für die Fraktionen zugänglich ausgelegt werden sollte.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass der Titel des FOCUS-Berichtes „Wo man in Deutschland am besten lebt“ nicht mit dem Inhalt der Studie übereinstimmt. In der Studie geht es nicht um die Lebensqualität der Stadt sondern um andere Faktoren, wie beispielsweise die wirtschaftliche Schlagkraft. Eine Auseinandersetzung mit den Zahlen und dem Ergebnis ist dennoch notwendig. Was für Unmut in der Bevölkerung gesorgt hat war die Aussage, dass es sich in Dessau-Roßlau schlecht leben lässt. Aus diesem Grund sollte als Gegenreaktion die Lebensqualität der Stadt mit einer überregionalen Anzeige beworben werden. Bezüglich des Kita-Streiks betonte **Herr Bönecke** die hohe Belastung der Eltern. Es sollte klar kommuniziert werden, dass an dieser Situation und auch an der Absage des Kinderfestes, die Gewerkschaften Schuld sind, da diese nicht über das Angebot der Arbeitgeberseite verhandeln.

Da es sich bei einem Streik um ein Grundrecht handelt ist dieser nicht zu bewerten, stellte **Herr Kolze, Fraktion CDU**, fest. Dennoch muss man die Folgen des Streiks thematisieren.

Aus diesem Grund teilt er nicht die Meinung von Herrn Dr. Raschpichler, dass eine Sondersitzung nicht erforderlich war. Es wäre wichtig gewesen, dass sich die Mitglieder des Betriebsausschusses ein Bild von der Situation machen. Er bat darum, dass sich die Verwaltung schnellstens mit den Mitgliedern des Betriebsausschusses zur Erörterung des Themas zusammensetzt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass die Sitzung aus Praktikabilitätsgründen nicht stattgefunden hatte, da die Betriebsleitung momentan hoch belastet ist. **Herr Dr. Raschpichler** ergänzte, dass die Einladungen für die reguläre Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs DeKiTa am 02.06.2015 bereits versandt waren, als die Stadträte die Sondersitzung einforderten. Auch seitens des Eigenbetriebes wurde um eine Vertagung gebeten, da eine Woche später besser über die Auswirkungen und Kosten informiert werden kann.

Herr Schönemann betonte, dass es seitens der **Fraktion Die Linke** Überlegungen gab, was es für Unterstützungsmöglichkeiten gibt, dass das Fest vielleicht doch stattfinden kann. Da nur noch wenig Zeit vorhanden ist wäre hier jedoch auch die Bereitschaft der anderen Stadträte notwendig. Des Weiteren sollte zukünftig in solchen Angelegenheiten mehr Sensibilität gezeigt werden, da die Kinder nicht verantwortlich für diese Situation sind. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmte Herrn Schönemann zu, jedoch war nicht absehbar wie lange der Streik dauert. In der noch verbleibenden Zeit ist es nicht zu schaffen das Fest auszurichten. Aus diesem Grund sollte über einen Nachholtermin, beispielsweise im Spätsommer, nachgedacht werden. **Herr Bönecke** merkte an, dass es notwendig gewesen wäre, die Stadträte im Vorfeld der Absage miteinzubeziehen. Er bezweifelte, dass das Kinderfest zum jetzigen Zeitpunkt noch realisierbar ist.

Herr Puttkammer erklärte, dass es aufgrund der Belastung der nicht streikenden Mitarbeiter selbstverständlich ist, dass das Kinderfest ausfällt. Er stimmte einem Nachholtermin zu.

Frau Benckenstein stellte fest, dass das Fest auch eine Möglichkeit gewesen wäre mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Es war falsch die außerordentliche Sitzung abzusagen. Sie stimmte einer Verschiebung des Kinderfestes zu.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass man sich heute darauf einigen sollte, dass das Fest auf den 01.09.2015 verschoben wird.

Bezüglich des Vorschlags von Frau Benckenstein, die Kinder mit einem Bus-Shuttle zum Kinderfest nach Roßlau zu bringen, äußerte **Herr Rumpf** Bedenken, dass der Veranstalter mit der hohen Anzahl an Kindern zurechtkommt.

Hinsichtlich der Anfrage von Herrn Eichelberg zum Flugverkehr über Kochstedt, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass er von den Stadtwerken eine Antwort erhalten hat. Auf dem Flugplatz der DVV wurden keine Verstöße gegen die bestehenden Regelungen begangen. Die Antwort wird Herrn Eichelberg nachträglich gestellt.

Frau Nußbeck erklärte, dass sie die Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung, Frau Lindner, in ihrer heutigen Dienstberatung um Aufklärung der Vorfälle neben dem Storchennest in Mildensee gebeten hat und versicherte eine nachträgli-

che schriftliche Beantwortung. Warum das Umweltamt bei der Genehmigung nicht beteiligt wurde, muss noch geklärt werden.

8 Beschlussfassungen

8.1 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse

Vorlage: BV/142/2015/II-30

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte einleitend, dass die wesentlichen Gründe für die Neufassung der Geschäftsordnung die Änderung der Hauptsatzung und das neue Kommunalverfassungsgesetz waren. In der entsprechenden Arbeitsgruppe wurde intensiv über die Berichterstattung in den Ausschuss- und Stadtratssitzungen sowie über die Protokollführung diskutiert. In der Arbeitsgruppe ist man hinsichtlich der Erstellung kürzerer Protokolle zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Die Entscheidung, welche Inhalte relevant bzw. irrelevant sind, kann jedoch nicht an die Protokollanten übertragen werden. Aus diesem Grund sollte heute nochmals diese Diskussion geführt werden.

Hierbei handelt es sich um einen Zielkonflikt, stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** fest. Einerseits ist es schwierig, einzelne Wortbeiträge politischer Debatten wegzulassen oder zu kürzen, andererseits ist es verständlich, dass bei vielen Stadträten die Zeit fehlt, lange Protokolle zu lesen. Es muss ein Weg gefunden werden, die Protokolle kurz zu halten und dennoch die Inhalte der politischen Debatte festzuhalten. So gab es auch Überlegungen, dass die Stadträte in ihren Redebeiträgen ankündigen, wenn etwas zu Protokoll gegeben werden soll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den Vorschlag des Oberbürgermeister und erklärte, dass es möglich ist, dass jeder Stadtrat in seinem Redebeitrag auf die Relevanz für das Protokoll hinweist. Maßgeblich sind die aus einer Debatte entstehenden Impulse und nicht die Debatte selbst.

Herr Kolze, Fraktion CDU, bezweifelte, dass während der Redebeiträge auf die Wichtigkeit für das Protokoll hingewiesen werden kann. Aufgrund der Dynamik in politischen Prozessen sei oftmals nicht einzuschätzen, ob das Gesprochene zu einem späteren Zeitpunkt wesentlich ist. In diesem Fall wäre die Selbstdisziplin der Stadträte, z. B. durch die Auslassung von Wiederholungen, ein besseres Mittel.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte dem Vorschlag zur Selbstdisziplin zu und schlug des Weiteren vor, mit der Straffung der Protokolle zu beginnen. Einzelne Redebeiträge könnten genauer durch die Tonbandaufzeichnungen, deren Aufbewahrungsfrist in der neuen Geschäftsordnung auf zwei Jahre erhöht wurde, nachvollzogen werden.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, machte den Vorschlag, die Redezeiten im § 8 Absatz 5 der Geschäftsordnung zu verkürzen. **Herr Ehm, Fraktion CDU und Vorsitzender des Stadtrates**, stimmte diesem Vorschlag zu.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stellte fest, dass ein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer Ausschusssitzung und einer Stadtratssitzung besteht. Für die Ausschüsse würde ein Ergebnisprotokoll ausreichen, während es im Stadtrat wichtig ist, dass sich jeder Stadtrat umfangreich zu gewissen Themen äußern kann. Bisher war der Gesamtumfang der Protokolle erträglich. Bei dauerhafter Aufbewahrung der Tonbandaufzeichnungen sollte darüber nachgedacht werden, ob das die gründliche Form ist, die jedem Stadtrat, z. B. durch die Anfertigung von Ausschnitten, zur Verfügung gestellt wird. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ergänzte, dass es zusätzlich noch die Aufzeichnungen des Offenen Kanals gibt.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass die Protokolle zu bestimmten Vorgängen immer sehr aufschlussreich waren und man sich über bestimmte Verfahrenswege informieren konnte. Die Anmerkung in den Redebeiträgen, dass etwas in das Protokoll aufzunehmen ist, würde nicht funktionieren.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, stellte fest, dass vor der abschließenden Beratung in der Stadtratssitzung in den meisten Fällen immer eine Beratung der Themen in den Ausschüssen stattfindet. Aus diesem Grund ist auch er für eine Redezeitverkürzung im Stadtrat, da eine Selbstauflegung von Maßnahmen nicht funktionieren würde.

Die anwesenden Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses einigten sich auf die Einbringung des folgenden Änderungsantrages:

§ 8 Absatz 5 Satz 3:

- Verkürzung der Redezeit für die Begründung von Vorlagen von 10 Minuten auf 8 Minuten.
- Verkürzung der Redezeit für Stellungnahmen der Fraktionen und Stadttäte von 5 Minuten auf 3 Minuten.

Dem Änderungsantrag wurde mehrheitlich zugestimmt. (09:00:01)

Herr Puttkammer stellte zusätzlich den Änderungsantrag, im § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung die Redezeit für persönliche Bemerkungen von 5 Minuten auf 3 Minuten zu kürzen.

Dem Änderungsantrag wurde einstimmig zugestimmt. (10:00:00)

Herr Schönemann merkte an, dass die **Fraktion Die Linke** den Antrag gestellt hatte, dem Präsidium eine Geschäftsordnung zu geben. Nach umfassender Prüfung wurde jedoch festgestellt, dass die Kommunalverfassung dies nicht zulässt. Für die Qualität der Abläufe in den Stadtratssitzungen mit einer umfangreichen Tagesordnung wäre eine andere Organisation angebracht. Der Vorsitzende könnte die Sitzungsleitung bei Erfordernis teilweise abgeben, hätte aber dennoch die Kontrolle über die Sitzung. **Herr Oberbürgermeister Kuras**, sprach sich gegen eine Übertragung der Sitzungsleitung aus. In der jetzigen Legislaturperiode hatte es noch keinen Anlass zur Kritik gegeben.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** um 18:45 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 19.09.15

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schritfführer